

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 14. OKTOBER 2021



## ANTRAG TEILZEITSTUDIENMÖGLICHKEITEN IM LAND BREMEN VERBESSERN

**In manchen Situationen ist das Studieren in Vollzeit nicht möglich. Daher steht es seit einigen Jahren für manche Studierende offen, ob sie ihr Studium in Teilzeit absolvieren. Doch die Situation im Land Bremen ist sehr unterschiedlich – an der Universität Bremen ist ein Teilzeitstudium beispielsweise nicht vorgesehen, an der Hochschule Bremen hingegen ist dies unter Nachweis bestimmter Gründe durchaus möglich. Um die Hürden für ein Teilzeitstudium abzubauen, hat die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion heute einen Antrag beschlossen, der Teilzeitmöglichkeiten beim Studium verbessern soll.**

„Das Leben läuft nicht immer wie geplant“, begann die SPD-Fraktionssprecherin für Wissenschaft, Janina Strelow, ihre Rede vor dem Plenum. „Es hält die verschiedensten Herausforderungen, Überraschungen und Schicksale für uns bereit. Das Ergebnis hiervon sind die unterschiedlichsten Lebensentwürfe, die auf ihre individuelle Art gestaltet werden wollen. Das macht auch vor unseren Studierenden nicht Halt!“



Janina Strelow

Müsse man sich als Studierender zwischen dem Studium und dem persönlichen, familiären, beruflichen Lebensentwurf entscheiden, wenn man

beispielsweise nebenher arbeiten, für die Kinderbetreuung sorgen oder Angehörige pflegen müsse? „Wir als SPD sagen hier ganz eindeutig: Nein, auf keinen Fall!“, so Strelow. Doch damit dies umgesetzt werden könne, müssten die Teilzeitstudienmöglichkeiten im Land Bremen verbessert und an die Lebensrealitäten der Menschen angepasst werden. „Generell fordern wir, die Teilzeitmöglichkeiten im Land Bremen qualitativ und quantitativ zu überprüfen und weiterzuentwickeln.“

Konkret heiße dies, dass es möglich sein müsse, von Beginn an oder auch nach bereits begonnenem Studium von einem Modell zum anderen zu wechseln. „Dazu gehört auch und vor allem die strukturelle Verankerung von Teilzeitoptionen und die Möglichkeit, dass Module und Curricula entzerrt werden“. Außerdem, so Strelow, solle sich der Senat auf Bun-

desebene dafür einsetzen, dass auch ein Teilzeitstudium Bafög-förderfähig sei.

„Wir sind überzeugt davon, dass die Verbesserung der Teilzeitstudienmöglichkeit nicht nur bereits eingeschriebenen Studierenden hilft, sondern auch denjenigen, die beispielsweise nach absolvierter Ausbildung mit dem Gedanken spielen, sich weiter fortzubilden oder für diejenigen, die sich bisher durch die Kombination von persönlicher Lebenssituation und Vollzeitstudium haben abschrecken lassen“, so Strelow abschließend. „Kurzum: Wir haben hier die Chance, ganz konkret eine gute Perspektive für viele junge Menschen in Bremerhaven und Bremen zu eröffnen!“

>Antrag: [Teilzeitstudienmöglichkeiten im Land Bremen verbessern!](https://bit.ly/teilzeitstudium)  
<https://bit.ly/teilzeitstudium>

## ANTRAG **OPFER VON STRAFTATEN BESSER UNTERSTÜTZEN**

Die sogenannte psychosoziale Prozessbegleitung ist eine wertvolle Einrichtung, damit Opfer von Straftaten oder Zeug:innen während eines Strafverfahrens begleitet werden. Doch ist diese Möglichkeit aus Sicht der rot-grün-roten Koalition noch zu wenig bekannt. Die Bürgerschaft hat daher heute einen Antrag verabschiedet, der zum Ziel hat, dieses Angebot bekannter zu machen und auf mehr Deliktfelder auszuweiten. Auch soll der Prozess professionalisiert werden.

„Opfer von Kriminalität dürfen im Strafverfahren nicht erneut traumatisiert werden. Es ist unsere Aufgabe, sie mit allen Mitteln zu unterstützen – und dazu gehört eben nicht nur die rechtliche Seite in Bezug auf Verurteilungen und Sanktionen“, sagte die justizpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Antje Grotheer, heute in ihrer Rede in der Bürgerschaft. Daneben gebe es noch die Seite des Opferschutzes – das Opfer bei dem ganzen Prozess von der Tat bis zur Verurteilung zu unterstützen. Das beginne bei Fragen dazu, wie ein Strafprozess überhaupt abläuft, und reiche bis zur Unterstützung bei den großen seelischen Belastungen, die ein solcher Prozess häufig mit sich bringe, so die Sozialdemokratin. „Bei diesen Menschen geht es darum, Ängste sowie Befürchtungen abzubauen und negative Folgen durch den Strafprozess zu vermeiden. Es gibt Opfer, für die ist es unerträglich, dem Täter oder der Täterin nochmal ins Gesicht zu gucken, für andere geht es ohne dies nicht, damit sie Geschehenes verarbeiten können.“



Antje Grotheer

Dazu sei es wichtig, dass diese



Prozessbegleitung von spezialisierten Kräften gewährleistet werde, die auch nur diese Aufgabe wahrnehmen, erklärte Grotheer. Prozessbegleiter:innen seien weder ein juristischer Beistand noch eine therapeutische Einrichtung. Daher sehe der Antrag vor, dass die Sozialen Dienste der Justiz stärker als bislang in die Qualitätssicherung und Unterstützung der Inanspruchnahme einer solchen Begleitung einbezogen werden sollen.

„Seit Januar 2017 haben besonders schutzbedürftige Verletzte einen Anspruch auf psychosoziale Prozessbegleitung“, erläuterte Grotheer weitere zentrale Punkte des Antrages. „Leider ist die professionelle

Begleitung und Betreuung während des gesamten Strafverfahrens noch nicht allen bekannt und wird von vielen daher auch nicht wahrgenommen. Auch bringen bestimmte Delikte wie häusliche Gewalt eine riesige emotionale Belastung für die Opfer mit sich. Daher erscheint es sinnvoll, den Katalog der Straftaten für den Anspruch auf eine psychosoziale Prozessbegleitung zu erweitern. Am wichtigsten ist es aber, dass der ganze Prozess ‚professionalisiert‘ wird. Opfer müssen automatisch in mehreren Schritten auf die Möglichkeit hingewiesen werden, und es sollte eine Vermittlung zwischen Opfern und Prozessbegleiter:innen stattfinden.“

## ANFRAGE **GEWALT GEGEN FRAUEN DURCH PRÄVENTION VERHINDERN**

Häusliche Gewalt und präventive Täterarbeit waren heute ein Thema in der Bürgerschaft. Ein Problem, dass sich durch die Corona-Pandemie sogar noch verschärft hat. Häusliche Gewalt nimmt zu. Deswegen hatte die rot-grün-rote Koalition eine Große Anfrage gestellt, deren Antwort durch den Senat heute im Parlament debattiert wurde.

„Wenn wir über häusliche Gewalt sprechen, dann sprechen wir über Macht, über Machtstrukturen, und das Gegensatzpaar Macht und Ohnmacht – es geht nicht darum, ein Argument zu ersetzen, es geht darum, die eigene Überlegenheit zu demonstrieren“, sagte Antje Grotheer,

Sprecherin für Gleichstellung und Justiz der SPD-Fraktion, in ihrer Rede. „Das ist etwas, was uns alle erschreckt. Und hier in der Bürgerschaft herrscht über alle Fraktionsgrenzen hinweg eine große Einigkeit, dass wir diesen Kampf gegen häusliche Gewalt führen müssen.“

Präventive Angebote an Männer seien dabei ein wichtiges Element, um diese Taten zu verhindern, so die Sozialdemokratin weiter. Daher sei es wichtig, dass in Bremen und Bremerhaven niedrigschwellige, kostenlose und anonyme Angebote ausgebaut würden.

Grotheer stellte aber auch klar, wie sehr

sie es bedauert, dass diese Diskussion überhaupt geführt werden muss. „Ich würde lieber darüber reden, wie wir die Gleichstellung von Frauen verbessern können, statt darüber zu sprechen, wie wir Gewalt an Frauen verhindern. Doch leider funktioniert unsere Gesellschaft so nicht, und leider funktionieren einige Beziehungen so nicht. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir die Opfer, aber auch die Kinder, die diese Taten oft als unbeteiligte Zuschauer mit ansehen müssen, nach allen Kräften unterstützen. Und ich bin froh, dass es in unserem Bundesland ein breites und vielfältiges Hilfsangebot gibt, um ein Zeichen gegen Gewalt zu setzen.“



## ANTRAG **BÜRGERSCHAFT WILL KOMPETENZZENTRUM FÜR FAIRE LOGISTIK**

Die Logistikbranche ist für die Wirtschaft das, was Adern und Venen für den menschlichen Körper sind. Ohne die zahllosen LKW, Schiffe und Flugzeuge würde die weltweite Produktion schnell zum Erliegen kommen. Insbesondere in Bremen macht die Logistikbranche einen hohen Anteil der sozialversicherungspflichtig versicherten Stellen aus – mit 11,8 Prozent im Jahr 2020 sind es im Land mehr als doppelt so viele Beschäftigte wie im Bund. Dass die Branche in einem bitter nötigen Umbruchprozess ist, zeigen die Bilanzen beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß oder den Arbeitsbedingungen. Um hier Abhilfe zu schaffen, hat die Bürgerschaft heute einen Antrag beschlossen, der die Gründung eines „Kompetenzzentrum faire Logistik“ zum Ziel hat.

„Auf die Logistik kommt eine Vielzahl an Herausforderungen zu“, erklärte Volker Stahmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, am Rande der Bürgerschaft. „Von den ganz handfesten Problemen wie Fahrermangel oder einem Übernachtungsverbot in den Fahrzeugen bis hin zu dickeren Brettern wie einer technischen Veränderung der Transportmittel – der Verringerung des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks und dem Wechsel der Fahrzeuge hin zu E-Mobilität oder Wasserstoff“.



**Volker Stahmann**

Vor dem Hintergrund dieser anstehenden Veränderungen sei die Errichtung eines solchen Kompetenzzentrums nur folgerichtig, so Stahmann. „Mit



dem Kompetenzzentrum für faire Logistik sollen in Kooperation mit Unternehmen und Wissenschaft grundlegende, wichtige Fragen diskutiert und Perspektiven erarbeitet werden“.

Wichtig ist laut Stahmann, dass das Zentrum explizit nicht nur Firmen mit Sitz in Bremen und Bremerhaven ansprechen soll. „Wir müssen eine Kooperation mit anderen norddeutschen Bundesländern prüfen, denn Logistik funktioniert am Besten Hand in Hand“, sagte der Sozialdemokrat und ging auch noch auf einen anderen,

zurückgezogenen Antrag ein, der auf der heutigen Tagesordnung stand: „Um erste Erkenntnisse zu gewinnen und die wichtigen Akteure miteinander zu vernetzen, haben wir in unserem Antrag gefordert, dass der Senat einen Branchendialog einrichtet, eine Art Runden Tisch für die Logistik für den Austausch der Praktiker vor Ort. Hier können wir bereits zufrieden sein und haben den Antrag zurückgezogen“, so Stahmann, „denn er ist glücklicherweise ‚erledigt durch Praxis‘ – der Senat war da einfach schneller. Und das freut uns.“

## FRAGESTUNDE **WIE STEHT ES UM DAS DRITTE GLEIS?**

Es mutet an wie eine unendliche Geschichte: Der Bau eines dritten Gleises zwischen dem Bremer Hauptbahnhof und Burg. Seit über 20 Jahren wird ein Ausbau insbesondere seitens Bremen-Nord gefordert, um die Strecke zu entlasten. Dies ist bitter nötig, denn der benannte Streckenabschnitt ist ein Nadelöhr in der Strecke zwischen Bremerhaven und Hannover und für die Hinterlandanbindung der bremischen Häfen essentiell. Anja Schiemann, SPD-Sprecherin für Verkehr, hat sich deswegen in der Fragestunde des Landtags nach den Planungen des Senats erkundigt.

Die benannte Strecke für die Realisierung des dritten Gleises umfasse den dreigleisigen Ausbau zwischen Langwedel und Sebaldsbrück sowie dem Bremer Rangierbahnhof und Burg, berichtete Mobilitätssenatorin Maike Schaefer für den Senat. Da dies eine Maßnahme des Bundes sei, sei sie Bestandteil des gültigen Bundesverkehrswegeplans 2030 und dort in einem Gesamtprojekt mit höchster Dringlichkeitsstufe. „Im Auftrag des Bundes hat die Deutsche Bahn AG in diesem Jahr mit der Vor-



Anja Schiemann

entwurfplanung begonnen“, so Schaefer weiter. „Im Streckenabschnitt zwischen Bremen-Burg und Bremerhaven sieht



der Bund auf Basis einer als ausreichend definierten Kapazität mit dem aktuellen Bundesverkehrswegeplan keinen dreigleisigen Ausbau vor“.

Die Einflussnahme des Senats auf das Projekt sei begrenzt, da die Verantwortung für die Realisierung des Vorhabens beim

Bund liege. Nichtsdestoweniger sehe der Senat die Dringlichkeit, insbesondere mit Blick auf die Konkurrenz zwischen Logistik und Personenverkehr, wie Schaefer auf Nachfrage bestätigte – und im Anschluss beteuerte, der Senat habe hier lediglich die Möglichkeit, für das Projekt zu werben.

## FRAGESTUNDE **AUSBILDUNGSVERBÜNDE IN BREMEN UND BREMERHAVEN**

Als Maßnahme in der Corona-Pandemie, die Ausbildungszahlen im Land Bremen abzusichern, wurden im Sommer 2020 die Ausbildungsverbünde geschaffen. Dort können junge Menschen zum Teil übergangsweise eine außerbetriebliche Ausbildung absolvieren, immer mit dem Ziel, den Weg in eine betriebliche Ausbildung zu finden. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Jasmina Heritani, hat in der heutigen Fragestunde des Landtags nachgehakt: Wie viele Ausbildungsplätze standen in den Verbänden in 2020 und 2021 zur Verfügung? Wie setzt sich die Anzahl der Azubis zusammen?



Jasmina Heritani

Und wie gestaltet sich bislang der Übergang von den außerbetrieblichen Ausbildungsverbänden in die Betriebe?

Alle 70 Ausbildungsplätze, die im Ausbildungsverbund Bremen 2020

zur Verfügung standen, hätten besetzt werden können, berichtete Kai Stührenberg, Staatsrat für Arbeit. In diesem Jahr seien es bereits 250 – es werde davon ausgegangen, dass diese bis Ende Oktober auch voll besetzt werden könnten. In Bremerhaven habe man von 90 Plätzen in 2020 insgesamt 86 besetzen können, 2021 habe man 150 Plätze geschaffen. „Es wird davon ausgegangen, dass in den kommenden Wochen die restlichen Plätze genutzt werden“, so Stührenberg.

Der Hintergrund der Azubis sei sowohl mit Blick auf Bildung als auch hinsichtlich der Migrationsgeschichte sehr vielfältig. Die meisten Azubis hätten jedoch eine erweiterte Berufsbildungsreife oder einen mittleren Bildungsabschluss. Über die Hälfte habe eine Migrationsgeschichte.

„Trotz intensiver Bemühungen von allen Beteiligten bei den Ausbildungsbetrieben der Verbände, der Verbände selbst und der einbezogenen Ausbildungsbüros bei Handels- und Handwerkskammer konnten nur wenige Übergänge nach dem

ersten Ausbildungsjahr realisiert werden“, resümierte der Staatsrat abschließend. Nur sieben Azubis hätten in Bremen in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis übergeleitet werden können, in Bremerhaven bislang noch keine. „Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa ist daher in enger Abstimmung sowohl mit den Ausbildungsverbänden als auch der Handwerks- und Handelskammer, um zeitnah neue Modelle der Kooperation zu entwickeln, damit möglichst viele junge Menschen in betriebliche Ausbildung wechseln können“.

Auf Nachfrage Heritanis erläuterte Stührenberg, welche Schritte bei der Vermittlung der Azubis als nächstes geplant seien. So wolle man das Konglomerat aus Kammern durch den direkten Kontakt zu Unternehmen ergänzen. Außerdem, so der Staatsrat, wolle man Patenschaften anbieten sowie niedrigschwellige Angebote zum Knüpfen von Kontakten einrichten. Dazu, so Stührenberg abschließend, wolle man alle Innungen und zahlreiche Unternehmen ansprechen